

M. le chef de D2



AMBASSADE DE SUISSE
EN TUNISIE

TUNIS, le 28. Mai 1964

17. Av. de France
Case postale No. 501
Téléphone 244.656
Heures de réception: 9 à 12 heures

Ref.: M.26.2 - WB/rs

VERTRAULICH

Herrn Botschafter Pierre M i c h e l i
Generalsekretär des Eidgenössischen Politi-
schen Departements

B e r n

an	PO CD ON	ON, <i>SS</i>
Datum	46.5.26	11.6
Visa	<i>PA 25.2</i>	<i>ll</i>
EPD		
Ref. s. B. 34.66. Tun. O.		

Erste Folgen der Landenteignung

Herr Generalsekretär,

Kaum zwei Wochen sind seit dem Erlass des Gesetzes über die Expropriation allen ausländischen Landbesitzes in Tunesien verfllossen, über das ich Sie mit meinem Bericht vom 16. Mai 1964 eingehend unterrichtete, und schon zeigen sich die schwerwiegenden Folgen, die diese durch einen klaren Vertragsbruch eingeleitete Massnahme für das junge Staatswesen zeitigt.

Während ich die Abteilung für politische Angelegenheiten in gesonderten Berichten jeweils über die auf dem Spiel stehenden schweizerischen Interessen laufend unterrichtete, möchte ich diese Gelegenheit ergreifen, um meiner Genugtuung über die vom Departement am Platz ergriffenen Massnahmen Ausdruck zu geben. Insbesondere die rasch erfolgte Vorladung des tunesischen Botschafters beim Herrn Departementsvorsteher und die Veröffentlichung eines Communiqués haben hier an zuständiger Stelle sichtlichen Eindruck gemacht. Ich ersah dies auch im Verlauf der fast zweistündigen Unterredung, die ich vorgestern mit Botschafter Chelli führte, kurz vor dessen Besuch bei Präsident Bourguiba.

Die sehr offene, freundschaftliche, wenn auch teils recht heftige Aussprache gab mir die willkommene Gelegenheit, unsere Stellung nicht nur inbezug auf den Interessenschutz der enteigneten schweizerischen Landbesitzer, sondern auch auf einige andere unsere Landsleute betreffenden Probleme, mit Nachdruck darzulegen. Ich konnte dies umsomehr tun, als die Schweiz und ich selbst besonders in den vergangenen Monaten mehrmals konkrete Beweise unserer Sympathie und Hilfsbereitschaft gegenüber Tunesien geliefert haben, das letzte Mal noch anlässlich der als eigentliche Freundschaftskundgebung aufgezogenen Zeremonie der Unterzeichnung der beiden Verträge über die von der Schweiz finanzierte Errichtung eines Aus-



- 2 -

bildungszentrums in Gabès und die Erweiterung der schon beträchtlichen Tätigkeit im Kinderdorf in Hafouz.

Botschafter Chelli ist es sicherlich daran gelegen, die bisher wirklich sehr guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf ihrem jetzigen Niveau zu halten oder gar noch zu vertiefen. Andererseits muss man sich Rechenschaft darüber geben, dass er zur jungen, dynamischen und recht revolutionären Garde gehört, die - wie er auch offen zugibt - ihr Ziel möglichst rasch und ohne viel Rücksicht auf alt-hergebrachte Normen des Rechts und der Billigkeit erreichen wollen. Es war bezeichnend, als er mir erklärte, dass der "Bourguibismus" bisher wohl eher zu gemässigt und zu langsam vorangegangen sei, und dass sich Nasser trotz seiner Nationalisierung des Suez-Kanals und Ben Bella trotz seinen den Verträgen von Evian entgegengesetzten, scharfen Dekolonisierungsmassnahmen heute in einer beneidenswerteren Lage als das bisher allzu konservative Tunesien befänden! Eine typische Bemerkung eines tunesischen Jungtürken, deren Stimme unter dem Einfluss der radikalen arabischen Nachbarstaaten in letzter Zeit immer lauter vernehmbar wird.

Die allgemeine Stimmung ist in Stadt und Land sehr gespannt, unter gewissen Kreisen der ausländischen Bevölkerung fast panikartig. Die etwa 600 französischen und über 1000 italienischen enteigneten Landbesitzer mit ihren Familien, die meist von einem Tag auf den anderen vor dem Nichts stehen, bereiten sich auf ihre Ausreise in eine teils völlig ungewisse Zukunft vor. An angemessene Entschädigung durch die leere tunesische Staatskasse glaubt niemand, hat doch Präsident Bourguiba selbst in seiner Rede wörtlich erklärt: "Certes nous avons dé-cidé le principe de l'indemnisation, mais eu égard aux circonstances et aux origines de la propriété, cette indemnisation pourrait n'être que symbolique. "

Dazu kommt die letzte Woche angekündigte massive Zwangs-Staatsanleihe, der jede physische und juristische Person tunesischer oder ausländischer Nationalität unterworfen ist, ausgenommen die technischen Experten ausländischer Staaten. Mit welcher Begeisterung beispielsweise die enteigneten Grundbesitzer diese zusätzliche Zwangsabgabe leisten, kann man sich ausmalen! Ein typisches Beispiel von "adding insult to injury".

Um das Mass vollzumachen, brachten vorgestern alle hiesigen Zeitungen den Auszug einer Rede des Finanzministers, der in einer arabischen Aussprache vor den Partei-Kadern erklärt habe, dass die Dekolonisierung nicht beim Agrarsektor

.../...

- 3 -

Halt mache, sondern auch auf das Gebiet des Handels, der Wirtschaft, des Bankwesens usw. ausgedehnt werde. Man kann sich vorstellen, wie eine solche Bemerkung des dafür zuständigen Regierungsmitgliedes auf die ohnehin schon so aufgeregten Gemüter der hiesigen Ausländer (noch etwa 35'000 Franzosen, 20'000 Italiener, 10'000 Malteser, usw.) gewirkt hat. Wohl wurde unverzüglich eine offizielle Verlautbarung der Regierung veröffentlicht, wonach die besagte Rede irrtümlich falsch wiedergegeben worden sei und dass der Finanzminister nur auf die bereits erfolgten Massnahmen der Tunisifizierung hingewiesen habe. Fremde Organe hätten diese Nachricht in Umlauf gebracht, um die hohen Ideale Tunesiens im Ausland in Misskredit zu bringen. Dabei stammte die alarmierende erste Meldung von der eigenen offiziellen und staatlichen Presseagentur! Man scheint zurzeit in hiesigen Regierungskreisen wirklich nicht nur den Kopf, sondern auch die Nerven verloren zu haben.

Es ist verständlich, dass nach den gemachten Erfahrungen die meisten ausländischen Gewerbetreibenden aller Sektoren sich ernstlich mit dem Gedanken einer endgültigen Wegreise beschäftigen, solange eine solche noch unter einigermassen geordneten Bedingungen möglich ist. Alle beschwichtigenden, behördlichen Erklärungen können nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass man in beschleunigtem Tempo der Zeit entgegengeht, wo der Ausländer, auch wenn er für die Wirtschaft des Landes noch so wertvoll und teils kaum zu ersetzen ist, zwangsweise zum Wegzug gezwungen wird. Auf längere Sicht gesehen, werden nur noch die heute sehr zahlreichen ausländischen technischen Experten oder Leute mit einem Regierungsvertrag im Lande verbleiben können.

Es ist vorauszusehen, dass die meisten mit Tunesien befreundeten Staaten unter diesen Umständen auch eine Ueberprüfung ihrer teils grosszügigen technischen Hilfe vornehmen werden. Was unser Land anbetrifft, so sind die zwei finanziell wichtigen Projekte für Gabès und Hafouz vertraglich bereits geregelt, und es trifft sich wohl gut, dass ohnehin weitere Pläne technischer Hilfeleistung nicht vorgesehen sind, denn bei allem freundschaftlichen Verständnis und bei allem bereits sooft bewiesenen Wohlwollen für die junge tunesische Republik, wird die weitere Hilfeleistung von Seiten der Schweiz doch auch durch die Haltung der hiesigen Regierung mitbestimmt. Nicht nur die von schweren Sorgen befallene Schweizerkolonie würde im jetzigen Zeitpunkt weitere spektakuläre Gesten unseres Landes in dieser Richtung mit Recht als unverständlich empfinden.

.../...

- 4 -

Wie ich vertraulich erfahre, hat übrigens die italienische Regierung, zusammen mit einer heftigen Protestaktion, als erste sichtbare Massnahme den für den 8. Juni vorgesehenen Staatsbesuch Präsident Bourguibas in Rom abgesagt.

17a
Ich bedaure selbst am meisten, dass ich veranlasst bin, solche wenig erfreuliche Berichte erstatten zu müssen, aus einem Land, das sich trotz seiner Kleinheit bisher in erfreulicher, ja teils beispielhafter Weise ein internationales Ansehen als junges, noch unterentwickeltes Staatswesen errungen hat, ein Ansehen, das es nun in unverständlicher Weise aufs Spiel zu setzen im Begriffe steht. Ich darf bei der Berichterstattung auch Anspruch auf Unvoreingenommenheit erheben, nachdem mich meine bisherige Tätigkeit beim Departement ja bekanntlich schon oft Ereignisse miterleben liess, die ähnliche, wenn auch weit schlimmere Folgen zeitigten: 1942/47 Kriegs- und Nachkriegsjahre in Japan, 1955/56 Indonesien mit Enteignungen und Exodus der Holländer, 1959/61 Kuba mit Expropriationen und Auszug der Amerikaner. Leider scheint sich tatsächlich die Geschichte, wenn auch mit anderen Vorzeichen, zu wiederholen.

Ich versichere Sie, Herr Generalsekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

Bmi.